

Abwasserverband Höfe - Anlagenkataster Abwasser

Vertrag - Allgemeine Bestimmungen

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung, Vertrag	1
2.	Abschluss des Vertrages	1
3.	Gegenstand des Vertrages	1
4.	Vertragsgrundlagen	2
5.	Angebot des Unternehmers	2
6.	Organisation	2
7.	Leistungsumfang und Vergütungsgrundsätze	3
8.	Rechnungswesen	4
9.	Pflichten der Vertragspartner	5
10.	Verantwortlichkeit	6
11.	Anzeige- und Abmahnungspflichten des Unternehmers	7
12.	Fristen, Konventionalstrafe	7
13.	Abnahme	8
14.	Haftung für Mängel	9

1. Einleitung, Vertrag

- 1.1 Mit dem Projekt Anlagenkataster Abwasser - Abwasserverband Höfe (AVH) überträgt der Abwasserverband Höfe (kurz: Besteller) dem **yyyy** (kurz: Unternehmer) aufgrund des Pflichtenheftes der Ausschreibung den Aufbau eines einheitlichen Anlagekatasters in einem Operat (Masterdatenbank) mit sämtlichen Abwasseranlagen im Einzugsgebiet des AVH.
- 1.2 Der Abwasserverband Höfe (AVH) ist Besteller, Büro **yyyy** ist Unternehmer im Sinne von Art. 363 OR.

2. Abschluss des Vertrages

Für den Abschluss des Vertrags bleibt Schriftlichkeit vorbehalten. Dies gilt auch für Ergänzungen, Bestellungsänderungen und Projektergänzungen.

3. Gegenstand des Vertrages

- 3.1 Gegenstand der Vertragsleistung ist die Erstellung eines Anlagenkatasters Abwasser in einem GIS-System, Schachtaufnahmen der PAA Schächte, der Betrieb eines WebGIS und die Umsetzung diverser Schnittstellen für den Datenaustausch (Verbands-GEP und Kanton Schwyz).
Der Besteller beauftragt den Unternehmer für nachfolgend umschriebenen Auftrag:

- _ Aufbau eines einheitlichen Anlagekatasters in einem Operat (Masterdatenbank) mit sämtlichen Abwasseranlagen im Einzugsgebiet des AVH
- _ Datenintegration der bestehenden Katasterdaten der 3 Verbandsgemeinden
- _ Datenübernahmen der Kanalfernsehaufnahmen
- _ Einheitliche Daten- und Darstellungsmodelle
- _ Schachtaufnahmen der primären Abwasseranlagen
- _ Optional: Aufnahme der Strassenentwässerungsschächte
- _ Aufbau und Betrieb WebGIS
- _ Umsetzung diverser Schnittstellen für Datenübernahme oder Datenabgabe
- _ Diverse Arbeiten gemäss Pflichtenheft

4. Vertragsgrundlagen

Das vorliegende Vertragsverhältnis basiert auf folgenden Grundlagen, für welche die folgende Rangordnung gilt:

Vertragsbestandteile:

1. Vertragsurkunde
2. Vertrag - Allgemeine Bestimmungen (Beilage xx)
3. Ausschreibungsunterlagen Teil 1 – 7 inkl. Anhänge und Beilagen
4. Angebot des Unternehmers (Beilage xx)
5. Organisatorische Unterlagen:
 - Personalliste (Beilage xx)
 - Projektorganisation Unternehmer und Besteller (Beilagen xx)
 - Terminprogramm (Beilage xx)

5. Angebot des Unternehmers

Das Angebot des Unternehmers bleibt bis Abschluss sämtlicher Arbeiten verbindlich.

6. Organisation

Unternehmer

- 6.1 Für die Führung des Projekts ist verantwortlich:

Firma: **yyyy**

Projektleiter: **zzzz**

Tel.:

E-Mail:

- 6.2 Die Kontakte zwischen Besteller und Unternehmer erfolgen ohne anderer Regelung ausschliesslich über den Projektleiter vom Unternehmer **yyyy**.
- 6.3 Der Unternehmer bezeichnet Personen, die ermächtigt sind, Weisungen verbindlich entgegenzunehmen sowie Ausmasse zu unterzeichnen.
- 6.4 Die Projektorganisation des Angebots (gemäss Organigramm des Unternehmers) ist verbindlich.

- 6.5 Für sämtliche Leistungen allfälliger Subunternehmer übernimmt der Unternehmer dieselbe Gewährleistung und Haftung wie für die eigenen Leistungen. Der Beizug von Subunternehmern muss vom Besteller vorgängig genehmigt werden.

Besteller

- 6.6 Der Besteller bildet ein Projektteam für die Steuerung und Überwachung des Projekts auf der Bestellerseite. Das Projektteam nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:
- Beschlüsse über Projektänderungen, die zeitliche, terminliche Folgen oder Kostenfolgen haben
 - Abnahmen
- 6.7 Der Besteller bezeichnet Personen, die das Projektteam Abwasserverband Höfe vertreten können. Sie werden an der Startsituation festgelegt.
- 6.8 Der Besteller ist berechtigt, sich für die Projektsteuerung durch die von ihm bezeichnete Projektleitung vertreten zu lassen.

7. Leistungsumfang und Vergütungsgrundsätze

- 7.1 **Leistungsumfang**
Der Auftragsumfang ist in den Ausschreibungsunterlagen (Teil 1-7 inkl. Anhänge und Beilagen) des Bestellers detailliert umschrieben (Beilagen xx).
- 7.2 **Kostendach**
Die Angebotssummen im Leistungsverzeichnis für den AVH gelten als Kostendach. Eine Überschreitung des Kostendaches ist ohne vorgängige Zustimmung durch den AVH nicht zulässig.
- 7.3 **Abrechnung, Vergütung**
Die Gesamtleistung des Unternehmers setzt sich aus Teilleistungen zusammen. Diese sind in den Ausschreibungsunterlagen mit den entsprechenden Leistungs- und Preiseingaben festgelegt. Die Vergütungen erfolgen entsprechend den ausgesetzten Positionen folgender Preise:
- Pauschalpreise: Preise mit einem (P) versehen, verstehen sich als Pauschalpreise und sind nicht teuerungsberechtigt.
- Einheitspreise: Preise mit Stück oder Mengenangaben (E) verstehen sich als Einheitspreise. Die Vergütung erfolgt nach dem Mengennachweis.
- Regiepreise: Der Besteller kann gewisse Arbeiten in Regie ausführen lassen (R). Für diese Arbeiten gilt die Rapportpflicht.

7.4 Teuerung

Die Einheitspreise mit Stück oder Mengenangaben der Positionen für die Projektbearbeitung im Leistungsverzeichnis sowie die Stundenansätze sind Festpreise bis zur Schlussabnahme.

7.5 Mustergebiet

Der Besteller behält sich vor, nach Abnahme des Mustergebietes

- a) bei ungenügender Leistung und/oder Qualität des Unternehmers den Vertrag aufzulösen und die Arbeiten einem anderen Unternehmer in Auftrag zu geben
- b) das Pflichtenheft anzupassen

Im Fall a) wird ein entgangener Gewinn nicht entschädigt. Leistungen werden vergütet, soweit sie von einem anderen Unternehmer weiterverwendet werden können.

7.6 Beststellungsänderungen

Der Auftraggeber behält sich vor Leistungen ganz, teilweise oder gar nicht zu beziehen. Dies berechtigt den Unternehmer nicht zu Mehrforderungen.

Veränderte Mengen und Mengenänderungen infolge einer Beststellungsänderung berechtigen nicht zu Preisanpassungen.

7.7 Regiearbeiten

Die Ausführung von Regiearbeiten bedingt die vorgängige Zustimmung des Bestellers.

8. Rechnungswesen

8.1 Die erbrachten Leistungen können quartalsweise in Rechnung gestellt werden. Die Rechnungen sind nach den Positionen im Leistungsverzeichnis zu stellen. Wo nötig sind die Arbeiten kostenträgerspezifisch abzurechnen.

8.2 Regierechnungen können mit einem Monatsrapport pro Mitarbeiter periodisch gestellt werden. Die Rapporte von Regiearbeiten sind **monatlich** abzugeben.

8.3 Es ist ein Rückbehalt von 5% auf den Rechnungsbetrag zu gewähren. Dieser dient zur Sicherheit für die Erfüllung der Verpflichtungen des Unternehmers bis zur Abnahme des Werkes oder einer Etappe. Der Restbetrag wird nach erfolgreicher Schlussabnahme mit der Schlussrechnung ausbezahlt. Nachführungsarbeiten während der Projektbearbeitung werden nach effektivem Leistungsnachweis ohne Rückbehalt vergütet.

8.4 Der Unternehmer reicht spätestens zwei Monate nach Abnahme des Projekts die Schlussabrechnung ein. Sie umfasst das Ausmass und die Gesamtsumme mit den dazugehörigen Pauschal- und

Einheitspreisen, die geleisteten Teilrechnungen sowie den Saldo nach Abzug der Abschlagszahlungen. Der Besteller und der Unternehmer ermitteln gemeinsam das genaue Ausmass entsprechend dem Leistungsverzeichnis.

- 8.5 Die Rechnungsstellung für Regiearbeiten und Nachführungsarbeiten sind je als separate trägerschaftsspezifische Rechnungen zu stellen.

9. Pflichten der Vertragspartner

- 9.1 Der Unternehmer bestätigt, über Art und Umfang der Arbeiten und Lieferungen, über die örtlichen Verhältnisse sowie Vorschriften des Kantons und von Bundesstellen, und über die Submissionsbedingungen, Normen und Empfehlungen informiert zu sein.
- 9.2 Mit dem Abschluss des Vertrages werden der Besteller und der Unternehmer verpflichtet, den Vertrag gewissenhaft zu erfüllen. Beim Unternehmer wird die Fachkunde vorausgesetzt, die zur Erfüllung der vertraglich vereinbarten und stillschweigend vorausgesetzten Leistungen erforderlich ist.
- 9.3 Mit der Eingabe des Angebotes gibt der Unternehmer zu erkennen, dass er über die notwendige funktionstüchtige Hard- und Software verfügt und die Leistungen mit fachkundigem Personal erbringt.
- 9.4 Die Projektbearbeitung des Unternehmers untersteht dem firmeninternen Qualitätssicherungssystem. Das QS-System ist konform der Norm ISO 9001 und ISO 14001 sinngemäss angewendet für die Qualitätssicherung bei Dienstleistungen.
- 9.5 Werden die Arbeiten, die zu den vereinbarten festen Preisen (Pauschalpreise, feste Einheitspreise mit Mengennachweis) übernommen werden, durch vom Unternehmer durchgeführte Updates oder Systemänderungen erschwert, die ohne Verschulden des Bestellers erst nach Vertragsabschluss eintreten oder zutage treten, so hat der Unternehmer die geschuldete Leistung gleichwohl zum vereinbarten Preis zu erbringen, ohne Anspruch auf zusätzliche Vergütung. (Softwareupdates bzw. Datenmigrationen der verwendeten GIS-Software auf die nächsten Generationen gehen zu Lasten des Unternehmers)
- 9.6 Treuepflicht und Urheberrecht: Alle Akten, die der Besteller dem Unternehmer übergibt, sowie alle Weisungen und Vorschläge bezüglich Projektgestaltung und Ausführung der vereinbarten Leistungen dürfen vom Empfänger nur im Rahmen des Vertrages verwendet werden; er darf sie weder für eigene Zwecke weiterverwenden noch an unberechtigte Dritte weitergeben. Auch hat er dafür zu sorgen, dass die Unterlagen Dritten nicht zugänglich sind.

- 9.7 Erhält der Unternehmer oder ein Beauftragter bei der Vorbereitung oder Ausführung des Projektes Kenntnis von Tatsachen, von denen er weiss oder nach den Umständen annehmen muss, dass der Vertragspartner oder die Projektleitung sie gegenüber Dritten geheimhalten will, so ist er zu deren Geheimhaltung verpflichtet. Dieser Geheimhaltungspflicht unterliegen insbesondere alle Projektangelegenheiten. Die Geheimhaltungspflicht gilt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses. Vorbehalten bleiben die allgemeinen Pflichten gemäss den Gesetzen über das Urheberrecht, die Erfindungspatente und den unlauteren Wettbewerb.
- 9.8 Der Unternehmer verpflichtet sich, soweit er zur Vertragserfüllung Kenntnis von Personendaten erhält, dafür zu sorgen, dass diese weder an Dritte weitergegeben noch für andere (z.B. eigene) Zwecke verwendet werden. Ohne anderslautende ausdrückliche Ermächtigung durch den Besteller darf der Unternehmer die verarbeiteten Personendaten nur zur Erfüllung der sich aus diesem Vertrag ergebenden Pflichten verwenden. Auskunftsgesuche Betroffener werden ausschliesslich vom Besteller behandelt. Daten dürfen nur auf ausdrückliche Anweisung durch den Besteller vernichtet werden. Der Unternehmer erklärt ausdrücklich, sich an die Regeln des Gesetzes über die Öffentlichkeit der Verwaltung und den Datenschutz vom 23. Mai 2007 des Kantons Schwyz zu halten. Weiter nimmt er davon Kenntnis, dass er an das Datengeheimnis gemäss Datenschutzgesetz des Bundes (Art. 35 DSG) gebunden ist.
- 9.9 Der Unternehmer verpflichtet sich, angemessene organisatorische und technische Massnahmen gegen unbefugtes Bearbeiten zu ergreifen. Dazu gehören nebst den Massnahmen vor unberechtigtem Zugriff auch solche, die vor Untergang und Verlust der Daten schützen.

10. Verantwortlichkeit

Bei verschuldeter, fehlerhafter Auftragserfüllung hat der Unternehmer dem Besteller entstandenen direkten Schaden zu ersetzen. Dies gilt insbesondere bei Verletzung seiner Sorgfalts- und Treuepflicht, bei Nichtbeachtung oder Verletzung anerkannter Regeln seines Fachgebietes, bei mangelnder Koordination oder Beaufsichtigung, bei ungenügender Kostenerfassung.

11. Anzeige- und Abmahnungspflichten des Unternehmers

- 11.1 Der Unternehmer hat Verhältnisse, die eine gehörige oder rechtzeitige Ausführung des Werkes gefährden ohne Verzug der Projektleitung anzuzeigen. Tut er dies nicht, so fallen nachteilige Folgen ihm selbst zur Last. Die Aufsicht, die der Besteller durch die Projektleitung ausüben lässt, enthebt den Unternehmer nicht von der gesetzlichen Pflicht (Art. 365.Abs 3 OR).
- 11.2 Der Unternehmer hat den Besteller abzumahnern, wenn er bei der Ausführung seiner Arbeit oder nach Umständen feststellen muss, dass ihm erteilte Weisungen fehlerhaft sind.
- 11.3 Die Anzeige- und Abmahnungspflicht trifft den Unternehmer auch für Unstimmigkeiten, Fehler, fehlerhafte Weisungen im Leistungsverzeichnis oder Fehler im Konzept, die der Unternehmer als fachkundiger Anbieter bereits in der Ausschreibung erkannt hat oder hätte erkennen müssen.

12. Fristen, Konventionalstrafe

- 12.1 Für die Erfüllung der Leistungen gelten die mit der Unterzeichnung der Vertragsurkunde gemeinsam festgelegten Fristen (siehe Vertrag, Art. xx). Für die Projektarbeiten wird vorgängig ein genaues Terminprogramm gemeinsam ausgearbeitet.
- 12.2 Der Unternehmer trifft alle erforderlichen Massnahmen zur Einhaltung der Fristen. Bei drohenden oder eingetretenen Verzögerungen informiert der Unternehmer umgehend den Besteller.
- 12.3 Der Besteller und der Unternehmer haften gegenseitig für Schäden aus Überschreitung von Fristen (Verzug), die sie verschuldet haben. Der Unternehmer verliert automatisch den Anspruch auf den Teuerungsausgleich für die Zeit des Verzuges.
- 12.4 Verzögern sich die Arbeiten aus Gründen, für die der Unternehmer nicht verantwortlich ist, hat er Anspruch auf eine angemessene Verlängerung der vereinbarten Fristen und Termine.
- 12.5 Bei verschuldeter verspäteter Erfüllung des Vertrages schuldet der Unternehmer dem Besteller / Auftraggeber eine Konventionalstrafe von CHF 10'000 pro Monat falls der vereinbarte Endtermin des Vertrages nicht eingehalten wird.

13. Abnahme

Vorgehen

- 13.1 Anzeige der Vollendung: Der Unternehmer zeigt dem Besteller an, wenn das Werk oder ein in sich geschlossener Werkteil (Mustergebiet) vollendet ist.
- 13.2 Prüfung: Der Besteller prüft das Werk unter anderem anhand der Musterpläne, der Datenbank und der im Interlis-Format abgegebenen Daten sowie am System auf vertragsgemässe Erfüllung, Vollständigkeit der Erhebungen und Funktionstüchtigkeit der Software und Anwendungsprogramme. Über jede Abnahmeprüfung erstellt der Projektleiter des Bestellers ein detailliertes Protokoll. Darin ist festzuhalten, welche "wesentlichen" und welche "unwesentlichen" Mängel festgestellt wurden. Ausserdem ist im Protokoll anzugeben, ob die Abnahme erfolgte oder verweigert wird. Die Prüfung entbindet den Unternehmer nicht von seiner Verantwortung.
- 13.3 Zeigen sich bei der Abnahmeprüfung keine oder nur unwesentliche Mängel, so ist das Werk mit Abschluss der Prüfung abgenommen.
- 13.4 Zeigen sich bei der Prüfung wesentliche Mängel, so wird die Abnahme zurückgestellt.
- 13.5 Kontrollen, bei denen der Besteller einzelne Leistungen genehmigt, sind keine Abnahmen oder Ablieferungen im rechtlichen Sinne.

Wirkungen der Abnahme

- 13.6 Mit der Abnahme des Anlagenkatasters sind die Datenbanken, Konfigurationen, Darstellungen, Plandefinitionen, Datenmodelle, etc. auf einem Datenträger dem AVH abzuliefern. Das Werk geht in die Obhut und ins Eigentum bzw. die Daten ins Urheberrecht des Bestellers über.
- 13.7 Die Verjährungsfrist des Anlagenkatasters beginnt mit der Schlussabnahme des Vertrags.
- 13.8 Der Unternehmer ist berechtigt, die Schlussabrechnung für den Anlagenkataster zu stellen. Der Besteller ist verpflichtet, die Schlussabrechnung innerhalb von zwei Monaten zu prüfen.
- 13.9 Nach dem Bescheid, dass die Schlussabrechnung geprüft und für in Ordnung befunden wurde, werden die mit der Schlussabrechnung ermittelten Forderungen des Unternehmers fällig.
- 13.10 Die im Zusammenhang mit dem Auftrag entwickelten anwendungsspezifischen Datenmodelle, die ergänzten Codelisten, Plotdefinitionen, Prozeduren, Routinen, Schnittstellen gehen mit der Abnahme in das Eigentum des Bestellers über. (Gemeint sind Anpassungen, welche für den AVH gegenüber der handelsüblichen Basissoftware und Modelldefinition gemacht werden.)

14. Haftung für Mängel

14.1 Begriff des Mangels:

- **Ein Mangel** ist eine Abweichung des Werkes vom Vertrag. Er besteht darin, dass das Werk vereinbarte oder zugesicherte Eigenschaften nicht aufweist, oder dass Eigenschaften fehlen, die in guten Treuen für die Tauglichkeit und den üblichen Gebrauch vorausgesetzt sind.
- **Kein Mangel** ist ein vertragswidriger Zustand, der durch fehlerhafte Weisungen des Bestellers oder seiner Hilfspersonen selbst verschuldet ist. Kein Selbstverschulden liegt vor, wenn der Unternehmer seine Anzeige- oder Abmahnungspflicht verletzt hat.
- **Unwesentliche Mängel** sind solche, die den Gebrauch des Werkes, die Funktionstüchtigkeit der Soft- und Hardware und die Benützung der Pläne nicht einschränken.
- **Wesentliche Mängel** sind solche, die das Werk unbrauchbar machen. Fehler in den Plänen und unvollständige Datenerfassung sind wesentlich, wenn der Gebrauch eingeschränkt ist und es dem Besteller auf eine rasche Aufarbeitung der unvollständigen Daten und der weiteren Mängelbeseitigung ankommt.

14.2 Bei Ablieferung eines mangelhaften Werkes hat der Besteller die Wahlrechte gemäss Art. 368 OR.

14.3 Bei unentgeltlicher Verbesserung setzt der Besteller dem Unternehmer eine angemessene Frist zur Verbesserung an.

14.4 Die Mängelrechte des Bestellers verjähren fünf Jahre nach Ablieferung des Anlagenkatasters.